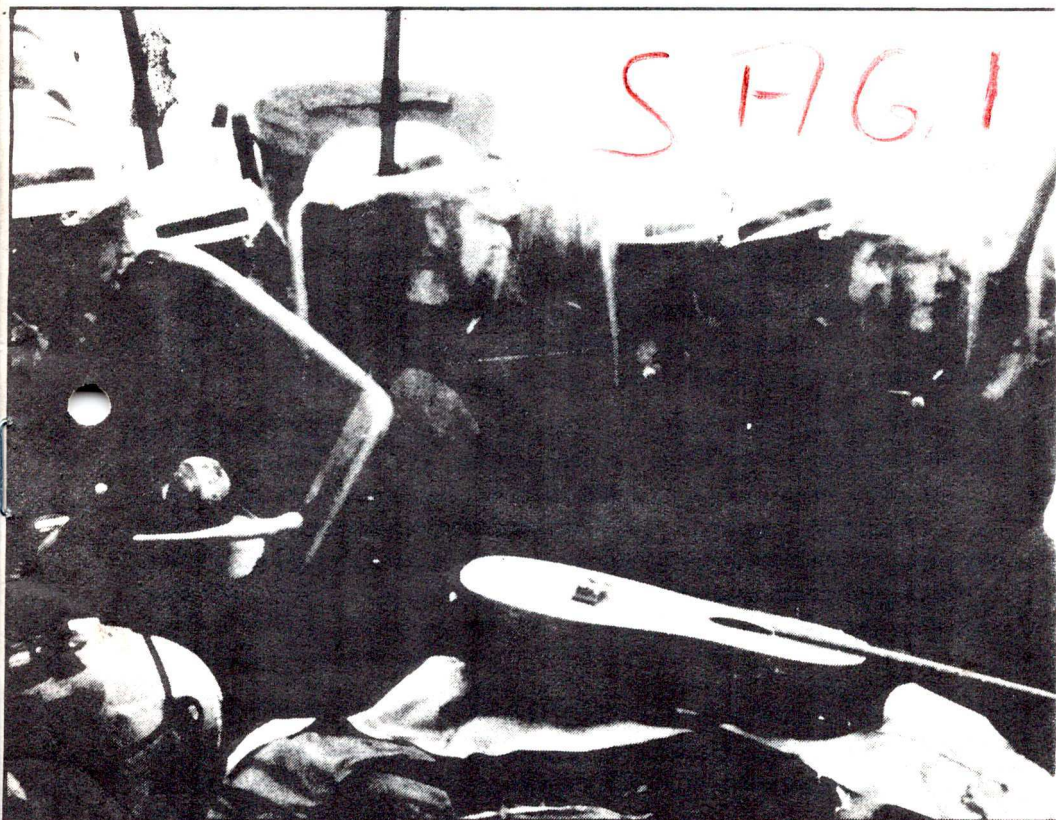


DOKUMENTATION

Preis: 2 DM, davon 1 DM als
Spende für die Prozeßführung.

Klage gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes am AKW Grohnde



INHALT

| | |
|---|------|
| Einleitung: Anti-Atom-Dorf Grohnde - Die Räumung war rechtswidrig ! | S. 3 |
| Dokument 1: Ordnungsverfügung der Gemeinde Emmerthal | 8 |
| Dokument 2: Stellungnahme des Innenministeriums | 11 |
| Dokument 3: Klageschrift gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes | 13 |
| Spendenaufwurf für die Prozeßführung | 32 |

Herausgeber: Sozialistische Arbeiterzeitung (SAZ), 1. Oktober 1977
Eigendruck im Selbstverlag. Auflage: 700

Bestellungen an: Thea Winter, 3000 Hannover, Stolzestraße 6

Der Preis der Broschüre beträgt 2,- DM, davon gehen 1,- DM als Spende für die Prozeßführung auf das Konto S. Haenisch Nr. 45 05 92 - 309,
Postscheckamt Hannover,
Stichwort: Grohnde-Räumung

Bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren (BIs usw.) kostet das Heft 1,70 DM, davon gehen auch je 1,- DM als Spende ab.

Anti-Atom-Dorf Grohnde Die Räumung war rechtswidrig !

Am 13. Juni hatten AKW-Gegner aus Hameln und Umgebung nach einem Aufruf lokaler BIs das Kühlturmgelände des AKW Grohnde besetzt und dort in den folgenden Wochen ein Anti-Atom-Dorf errichtet.

Dieses Dorf war ein Protest gegen das AKW Grohnde und ein Protest dagegen, daß ein gerichtlich verfügter Baustopp erst Monate nach der Zustellung der schriftlichen Begründung wirksam werden sollte.

Am 23. 8. wurde das Anti-Atom-Dorf durch 1500 Polizisten in voller Bewaffnung mit Panzern und Gefangenentransportern geräumt. Das ganze Gebiet war durch Straßensperren noch am nächsten Tag weiträumig abgeriegelt.

Die etwa 200 Bewohner und Sympathisanten des Anti-Atom-Dorfes waren unter diesen Bedingungen bereit, das Dorf zu räumen. Sie protestierten jedoch dagegen, daß ihre Personalien durch die Polizei festgestellt werden sollten, was ihnen allerdings nichts half.

Sie sollen jetzt auch noch die Kosten der Räumung zahlen, weil sie - so der Pressesprecher des Innenministeriums - als "Rechtsbrecher" den Polizeieinsatz "verursacht" hätten.

Die SAZ befragte einen der Kläger gegen die Räumung, den AKW-Gegner Horst Haenisch aus Hannover.

SAZ: Warum hast Du Klage erhoben ?

HH: Einige AKW-Gegner - nach meinen letzten Informationen etwa 30 - haben Klage gegen die Räumung beim Verwaltungsgericht eingereicht. Dabei geht es nicht nur darum, sich gegen die Zahlungsbefehle zu wehren; es geht auch darum, aufzudecken, welche Ziele mit der Räumung in Wirklichkeit verfolgt werden und welche - rechtswidrigen - Methoden zu diesem Zweck angewendet wurden.

SAZ: Warum war die Räumung rechtswidrig ?

HH: In der Klageschrift wird angeführt, daß die Räumungsverfügung, die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Räumung und der Vollzug der Räumung selbst rechtswidrig sind.

Die wichtigsten Argumente sind:

Die Räumungsverfügung behauptet, das freie Verfügungsrecht des Eigentümers sei durch das Anti-Atom-Dorf verletzt worden.

Dazu wird in der Klage gegen die Räumung angeführt, daß das Dorf 72 Tage bestand, ohne daß die Gemeinschaftskraftwerk Grohnde GmbH (GKG) deswegen die zuständigen Zivilgerichte angerufen hätte. Der Frankfurter Rundschau zufolge hat die GKG auch für den 23.8. eine Räumung gar nicht beantragt, vielmehr hat der Innenminister Gross (FDP) die Räumung von sich aus für notwendig gehalten.

SAZ: Warum diese Eile des Herrn Innenminister?

HH: Dazu muß man wissen, daß die Atomplaner mit dem Herrn Innenminister an der Spitze, alles versucht haben, einen Keil zwischen die "anständigen" AKW-Gegner und die "Kriminellen" und "Kommunisten" im Anti-Atom-Dorf zu treiben, ohne den gewünschten Erfolg.

SAZ: Inwiefern?

HH: Dazu nur zwei Beispiele. Am 13.8. fand in Hameln eine Kundgebung gegen die Räumungspläne statt. Auf die AKW-Gegner, die sich nach der Kundgebung auf den Weg ins Anti-Atom-Dorf machten, wurde ein regelrechter Polizeiüberfall verübt. Ich beurteile diesen Überfall so, daß die Dorfbewohner mit Hilfe dieser Polizeiaktion als Gewalttäter, Terroristenumfeld usw. dargestellt werden sollten. Dieser Plan ging aber gründlich schief, weil zu viele Menschen mit eigenen Augen gesehen hatten, was sich wirklich abgespielt hatte und sich hell empörten, wie man aus den Leserzuschriften in der Deister-Weser-Zeitung ersehen kann. Auch die objektive Berichterstattung dieser Zeitung über die Polizeiaktion hat dieses Ergebnis gehabt!

Danach fand ein Gespräch zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen der Region und des Anti-AKW-Dorfes einerseits und dem Innenminister andererseits statt. Der Innenminister hatte ursprünglich keine Vertreter des Dorfes akzeptieren wollen, dann aber gute Mine zum bösen Spiel gemacht. In diesem Gespräch hat der Innenminister Gross ziemlich unverblümt den BIs erklärt: Entweder ihr fordert die Dorfbewohner zur freiwilligen Räumung auf, oder wir werfen euch mit den Kommunisten und kriminellen Staatsfeinden in einen Topf. Dabei hat den Innenminister nicht gestört, daß in den BIs auch Mitglieder seiner Partei aktiv sind und - ich glaube - sogar am gleichen Tisch saßen. Auch das ging schief. Der Innenminister hat diese Erklärung nicht bekommen. Die Vertreter der BIs haben wohl gemerkt, daß eine solche Erklärung der Anfang vom Ende des Widerstandes gegen das AKW-Grohnde gewesen wäre.

Die Räumung wurde für die Landesregierung gleichzeitig immer dringender. Einmal wollte man wohl wirklich ran an das Kühlturmgelände, um trotz des Baustopp-Urteils für den ersten Bauabschnitt bereits den nächsten Bauab-

schnitt in Angriff zu nehmen; in der Klageschrift wird dazu angeführt, daß das Pumpwerk, das laut Räumungsverfügung auf dem Gelände des Anti-Atom-Dorfes gebaut werden soll, nur unter der Voraussetzung eines weiteren Ausbaus des AKW Grohnde notwendig wird. Zum anderen stehen die Kreistagswahlen vor der Tür, im Oktober. Keine der Parteien wollte das AKW Grohnde als Wahlkampfthema haben. Das haben auch SPD-Abgeordnete erklärt. Deshalb der Versuch, rechtzeitig reinen Tisch zu machen. Das Anti-Atom-Dorf, an dem sich Atombefürworter und Atomgegner erhitzen, mußte weg. Deshalb die Eile.

SAZ: Welche weiteren Gründe werden für die Räumung genannt?

HH: Einige der Gründe sind geeignet, vorhandenes Vertrauen in den Rechtsstaat gründlich zu zerstreuen. Da wird die Feld- und Forst-Ordnung bemüht und die Niedersächsische Bauordnung, wonach wildes Zelten und schwarzes Bauen verboten sind. Man stelle sich die Größenordnungen vor: da wird einerseits trotz Baustopp eine riesige Industriezwillingburg hochgezogen, von der ungeheure gesundheitliche Gefahren und Gefahren für die Umwelt ausgehen und die mit Sicherheit zur wirtschaftlichen Verödung der Region führen wird; andererseits ein paar Hütten, gegen die polizeilich irgendwelche Umweltschutzparagrafen ins Feld geführt werden. Um die ganze Lächerlichkeit dieser Begründung zu erkennen, muß man wissen: solange die Landesregierung noch darauf setzte, die lokalen Initiativen und das Dorf zu spalten, gleichzeitig aber von Scharfmachern aus Kreisen einer "Bürgerwehr" und auch von CDU-Landrat Saacke zum Durchgreifen aufgefordert wurde, haben sowohl der CDU Landesvater Albrecht wie auch sein FDP-Innenminister öffentlich darauf hingewiesen, daß diese Gesetze wohl nicht ganz angemessen wären. Plötzlich waren sie es dann doch.

Juristisch ist die Sache der Klageschrift zufolge so, daß, wenn die Räumung ernstlich auf diese Paragrafen hätten berufen wollen, sie den Abbau der Zelte und den Abbruch der Hütten hätten verlangen müssen. Das ist nie geschehen! Wenn das verlangt worden wäre, dann hätte es wohl eine gerichtliche Auseinandersetzung darüber gegeben, was wichtiger ist, die Feld- und Forstordnung oder die Grundrechte, das Demonstrations- und Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Da war es schon einfacher, 1500 Polizisten mit allem Gerät zu schicken, die Demonstranten zu vertreiben, das Dorf niederzubrennen und einen massiven Zaun um das Gelände zu errichten.

Zur Frage des Rechtsstaates noch eines: den im Anti-Atom-Dorf anwesenden AKW-Gegnern hätten eigentlich Rechtsmittel gegen die Räumung und den sofortigen Vollzug zur Verfügung stehen müssen. Über diese Rechtsmittel wurden sie beim Verlesen der Räumungsverfügung nicht aufgeklärt. Bei Licht betrachtet war das aber auch überflüssig, denn die

Rechtsmittel - der Widerspruch gegen die Räumungsverfügung und der Antrag beim Verwaltungsgericht Hannover, daß der Widerspruch den sofortigen Vollzug aufschiebt, hätte binnen der Räumungsfrist von einer Stunde eingereicht und entschieden werden müssen. Die Frist hätte nicht einmal ausgereicht, um nach Hannover zu fahren, von einer Entscheidung des Gerichts gar nicht erst zu reden. Gleichzeitig war das Dorf ja von Polizisten umstellt. Freier Abzug wurde grundsätzlich verwehrt. Jede Verhandlung wurde abgelehnt. Es sollte halt geräumt werden. Überlegungen über Recht und Gerechtigkeit mußten hinter den höheren Interessen der Atomplaner zurücktreten.

SAZ: Was verspricht Du Dir von der Klage ?

HH: Also erstens bin ich kein Jurist und zweitens habe ich keinen besonderen Grund, dem Justizminister und den Richtern größeres Vertrauen entgegenzubringen als dem Innenminister und seinen Polizeioffizieren. Wenn wir Recht bekämen, so hätte das nämlich große Auswirkungen auf den Widerstand in der Grohnder Region und überhaupt auf die ganze Anti-AKW-Bewegung. Es wäre eine riesige Bloßstellung der Landesregierung und liefe darauf hinaus, Protestaktionen wie die Errichtung eines Anti-Atom-Dorfes auf AKW-Gelände zu rechtfertigen. Das wird sich der Justizapparat zweimal überlegen. Aber ich lasse mich gerne überraschen.

Aber neben dem Ausgang des Prozesses ist etwas anderes - meiner Meinung nach - mindestens ebenso wichtig: der Polizeieinsatz richtete sich in erster Linie gar nicht gegen das Dorf selbst, sondern gegen die Bevölkerung. Der Polizeieinsatz war eine eiskalt kalkulierte Machtdemonstration mit dem Ziel, den Widerstand in der Bevölkerung einzuschüchtern und die Diskussion zu ersticken. Er sollte den Leuten vor Augen führen, daß Widerstand keinen Sinn hat. Er sollte ihnen klar machen, daß Leute, die Widerstand leisten, wie Schwerverbrecher behandelt werden. Das läuft so auf allen Ebenen. Die CDU hat beschlossen, den Wahlkampf zu den Kreistagswahlen im Oktober gegen das Umfeld des Terrorismus zu führen. Damit können nur die AKW-Gegner gemeint sein, insbesondere wohl die AKW-Gegner, die als Wählergemeinschaft "Atomkraft - Nein Danke!" zum Kreistag kandidieren. Es kommt darauf an, dieser Einschüchterungs- und Verleumdungskampagne gegen die Anti-AKW-Bewegung den Weg zu verstellen. Der Prozeß wird vielleicht nicht der Wahrheit zum Sieg vor Gericht verhelfen; aber er wird die Wahrheit über die Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Er wird aufklären über die Ziele und Methoden des Innenministers Gross, der Polizeieinsatzleitung, der Vorstände der Preußen-Elektra und des AKW-Grohnde, die als Zeugen geladen sind, und er wird aufklären über die wirklichen Ziele und Methoden der AKW-Gegner.

Das Gericht wird den AKW-Gegnern kaum den Gefallen tun, den Prozeß während des Wahlkampfes durchzuführen, wo die Wellen der Verleumdung hoch gehen werden und das politische Interesse doppelt wichtig ist. Deshalb kommt es meiner Meinung nach darauf an, daß bald eine der Bürgerinitiativen diese Zeugen und die Kläger zu einer Veranstaltung über die Räumung in Grohnde "vorlädt", damit die Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit kommt.

Sozialistische Arbeiterzeitung, 28. September 1977

Gemeinde Emmerthal

Emmerthal, den 22. August 1977

An alle Personen,
die sich auf dem Gelände der Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH
östlich der B 83 ("Anti-Atom-Dorf")
aufhalten.

Ordnungsverfügung

Gemäß §§ 1, 29, 30 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit
und Ordnung (SOG) des Landes Niedersachsen vom 21. März 1951
(Nds. GVBl. S. 89), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes
vom 2.12.1974 (Nds. GVBl. S. 535) fordere ich Sie auf,

innerhalb von 60 Minuten

nach Bekanntgabe dieser Verfügung das besetzte Grundstück östlich
der B 83 ("Anti-Atom-Dorf") unter Mitnahme Ihrer persönlichen Habe
zu verlassen. Im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung werde
ich zur Durchsetzung gemäß § 35 SOG unmittelbaren Zwang anwenden,
was ich Ihnen hiermit gemäß § 37 SOG androhe.

Begründung :

Gemäß §§ 1, 29, 30 SOG haben die Ordnungsbehörden im Rahmen der
geltenden Gesetze die nach pflichtgemäßen Ermessen notwendigen
Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine Gefahr für die
öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren oder um eine bereits
eingetretene Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu
beseitigen.

Der Schutz der öffentlichen Sicherheit umfaßt auch den durch
Artikel 14 Grundgesetz gewährleisteten Schutz des Eigentums.

Durch Ihre unbefugte Besetzung des Grundstücks an der B 83 wird
das freie Verfügungsrecht des Eigentümers über sein Grundeigentum
gestört. Der Eigentümer ist nicht bereit, die Besitzstörung zu
dulden.

Darüber hinaus erfüllt das unbefugte Betreten und Verweilen auf
dem Grundstück entgegen dem erklärten Willen des Eigentümers den
Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 1 des
Gesetzes über die Ordnung in Feld und Forst in der Fassung vom
5.3.1975 (Nds. GVBl. S. 83).

Im übrigen haben die Besetzer des Geländes auch im weiteren Ver-
lauf der Besetzung fortlaufend gegen Rechtsvorschriften verstoßen,
von denen folgende genannt werden sollen :

- 2 -

Das Aufstellen von Zelten auf dem Grundstück ohne Erlaubnis des
Eigentümers erfüllt den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit
gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 6 des Gesetzes über die Ordnung in
Feld und Forst. Die Errichtung von baulichen Anlagen ohne Bau-
genehmigung verstößt gegen § 68 Nds. Bauordnung (NBauO) vom
23.7.1973 (Nds. GVBl. S. 259) und erfüllt den Tatbestand einer
Ordnungswidrigkeit gemäß § 91 Abs. 1 Ziff. 1 NBauO.

Damit liegt eine Störung der öffentlichen Sicherheit und
Ordnung vor, deren Beseitigung zur Vermeidung weiterer Rechts-
verstöße erforderlich ist.

Wird die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch das Verhal-
ten von Personen gestört oder gefährdet, so ist derjenige
verantwortlich, der die Störung oder Gefahr verursacht hat
(§ 6 SOG), und zwar unabhängig von der Frage des Verschuldens.
Daraus ergibt sich eindeutig Ihre Verantwortlichkeit als Störer,
da Sie die eingetretenen Gefahren bzw. Störungen durch Ihr
Verhalten verursacht haben.

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom
21.1.1960 (BGBl. I S. 17) ordne ich die sofortige Vollziehung
an.

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung liegt im besonderen
öffentlichen Interesse, weil die oben bezeichneten Gefahren
und Störungen der öffentlichen Sicherheit bei einer weiteren
Duldung dieses Zustandes erheblich verstärkt würden.

Der Landkreis Hameln-Pyrmont hat dem Eigentümer am 20.7.1977 die
Baugenehmigung zur Errichtung eines Bauzaunes auf dem besetzten
Gelände erteilt. Der Eigentümer hat mitgeteilt, daß er nunmehr
mit der Errichtung des Bauzaunes beginnen wird.
Die Durchführung dieser Maßnahme liegt im öffentlichen Interesse.
Die Errichtung des Schutzzaunes ist wegen der zu befürchtenden
Störungen Vorbedingung für die Fertigstellung des bereits im
Juli 1976 genehmigten und bereits teilweise errichteten Pumpen-
bauwerkes "R 41" im Bereich des besetzten Geländes. Ohne die
Fertigstellung des Pumpwerkes ist zu befürchten, daß im
Bereich des bebauten Geländes sowie auf den umliegenden land-
wirtschaftlich genutzten Flächen Wasserschäden auftreten.
Die vorhandenen Drainagesysteme reichen nicht aus, um das vor-
handene Oberflächenwasser ordnungsgemäß abzuleiten.

Die Baugenehmigung für den Schutzzaun und das Pumpenbauwerk
unterliegen nicht dem vom Verwaltungsgericht Hannover angekün-
digten sog. "Büßstopp", der lediglich die im Zusammenhang mit
der atomrechtlichen Genehmigung betroffenen Bauteile - west-
lich der B 83 - betrifft.

Nach der erklärten Absicht der Besetzer ist zu befürchten, daß
die Bauarbeiten erheblich gestört oder gar verhindert werden.

-2-

-3-

Es besteht die Gefahr, daß es zu Gewalttätigkeiten zwischen den Besetzern und den Bauarbeitern kommt. Diese Gefahr wird durch die vermehrte Anzahl von Arbeitern bei der Errichtung des Bauzaunes noch erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es schon in den vergangenen sechs Wochen ständig zu Übergriffen von Seiten der Besetzer gekommen ist.

Es besteht ein besonderes öffentliches Interesse daran, daß derartige Gewalttätigkeiten verhindert werden. Geeignetes Mittel hierfür ist die sofortige Räumung des rechtswidrig besetzten Geländes. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist daher im öffentlichen Interesse geboten.

Rechtsmittelbelehrung :

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei mir oder dem Landkreis Hameln-Pyrmont in Hameln, Pferdemarkt 1, erhoben werden.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann beim Verwaltungsgericht Hannover, 3000 Hannover, Postfach, Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs, gestellt werden (§ 80 Abs. 5 VwGO).


(Gemeindedirektor)



Innenminister nimmt Stellung

Im Zusammenhang mit der Räumung des sogenannten Anti-Atom-Dorfes wurden in der Dewezet Äußerungen aus dem Leserkreis – aber auch aus der Redaktion – veröffentlicht, die eine erneute Erläuterung der Rechtslage notwendig erscheinen lassen.

Daß die Besetzung fremder Grundstücke und das Errichten von Gebäuden darauf gegen zahlreiche Rechtsnormen verstößt, bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Dies war auch den Besetzern vollkommen bewußt. Auch kann die Rechtmäßigkeit des polizeilichen Vorgehens von niemanden ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Erinnert sei daran, daß zahlreiche Platzbesetzer der Räumungsverfügung der Gemeinde Emmerthal zuvor trotz mehrfacher Aufforderung nicht Folge geleistet hatten.

Falsch sind Behauptungen, nach denen die Landesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, daß „das AKW Grohnde“ trotz Baustopp weitergebaut wird. Zur Zeit gibt es einen Baustopp gar nicht. Ein Baustopp wird frühestens in ca. sieben Wochen wirksam. Im Hinblick auf diese Möglichkeit muß die Kernkraftwerk Grohnde GmbH auf dem später für Kühltürme vorgesehenen Gelände zwischenzeitlich ein Regenwasserpumpwerk mit Auslauf zur Weser errichten. Andernfalls würden im Herbst und Winter nach einer eventuellen Stilllegung des Baus die Baustelle selbst wie auch die umliegenden Äcker „absaufen“. Das Verwaltungsgericht Hannover hat ja gerade wegen dieser notwendigen Sicherungsmaßnahmen keinen sofortigen Baustopp ausgesprochen, sondern eine Frist eingeräumt.

Bei dieser Gelegenheit darf ich auf einen logischen Bruch in der Argumentation mancher Atomkraftgegner hinweisen, die für sich in Anspruch nehmen, gesetzestreu zu sein. Diese Kernkraftgegner rufen die Gerichte an. Sie scheinen also der rechtsprechenden Gewalt in unserem Staate zu vertrauen. Gleichzeitig setzen sie sich aber über geltendes Recht hinweg und besetzen fremdes Eigentum. Dieses Verhalten aber ist unglaublich. Entweder ich bewege mich auf dem Boden des Rechts – dann muß ich die Normen nicht nur für die anderen, sondern auch für mich gelten lassen. Oder aber ich setze mich über Recht und Gesetz hinweg – dann kann ich jedoch nicht überzeugend als Kläger auftreten und die Gerichte gegen andere bemühen.

Wenn unser demokratischer Rechtsstaat funktionieren und damit den gesellschaftlichen Frieden erhalten soll, dann kann er das auf Dauer nur, wenn sich alle an die „Spielregeln“ halten.

Zum Schluß noch ein Wort zur Erstattung der polizeilichen Einsatzkosten für die Räumung des besetzten Gebäudes. Die Pflicht zum Kostenersatz ergibt sich aus dem niedersächsischen Verwaltungskostengesetz. Das ist ausdrücklich vom Obergerverwaltungsgericht Lüneburg in seinem rechtskräftigen Urteil vom 3. Mai 1977 bestätigt worden. Wer danach einer rechtmäßigen Anordnung der Polizei nicht nachkommt und dadurch Zwangsmaßnahmen erforderlich macht, hat die Kosten zu ersetzen; und zwar nicht die laufenden, ohnehin anfallenden Personal- und Sachkosten, sondern nur die direkt durch den Polizeieinsatz entstehenden Ausgaben. Hierzu gehören insbesondere Reisekosten, Betriebskosten für Fahrzeuge und Kosten für die Unterbringung am Einsatzort.

Daß diese besonderen Kosten den Verursachern in Rechnung gestellt werden, ist nicht etwa ins Belieben der Landesregierung gestellt, sondern zwingende Rechtsvorschrift. Spätestens der Landesrechnungshof würde es monieren, wenn die Verwaltung (hier der RP Hannover) zu erhebende Auslagen nicht zurückverlangte. Die Erstattungspflicht ist 30 Jahre wirksam.

Zu Beginn der Räumung am 23. August 1977 wurden die Platzbesetzer ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie die Einsatzkosten zu ersetzen hätten, wenn sie das Gelände binnen einer Stunde nicht freiwillig verließen. Schließlich hatte Minister Groß einige Tage vor der Räumung die Bewohner des „Dorfes“ eindringlich aufgefordert, vor einer Räumungsverfügung das „Dorf“ zu verlassen. Trotzdem ließen die meisten diese Frist verstreichen und mußten gewaltsam vom Platz gedrängt werden. Sie haben also in Kenntnis der Rechtslage auch die finanziellen Folgen in Kauf genommen. Die wenigen, die dagegen der Räumungsverfügung in der gesetzten Frist nachkamen, brauchen zu den polizeilichen Einsatzkosten keinen Pfennig beizusteuern.

Die Jusos setzen durch die geschilderten Regelungen die Demonstrationsfreiheit gefährdet. Die Jusos wissen offenbar nicht, was dieses Grundrecht bedeutet. Wer dieses unveräußerliche Recht wahrnimmt und unter Respektierung der Gesetze friedlich demonstriert, wird vor der Polizei geschützt – und zwar kostenfrei. Wer jedoch die Gesetze mißachtet, ist nicht Demonstrant, er ist Rechtsbrecher.

Hans-Joachim Kloss,
Pressesprecher des niedersächsischen
Innenministers

Deister-Weser-Zeitung, 5. September 1977

DOKUMENT 3

A B S C H R I F T

Hannover, den 9.9.1977

An das
Verwaltungsgericht
Kolbergstr. 14
3000 Hannover

K l a g e

- 1) der Marie Dettmer, Glünder Str. 3 B, 3000 Hannover 1,
- 2) des Horst Haenisch, Grimmstr. 8, 3000 Hannover 1,
- 3) des Helmut Hanke, Glünder Str. 3 B, 3000 Hannover 1,
- 4) der Iris Huber, Beethovenstr. 7, 3000 Hannover 91,
- 5) des Reinhard Kehr-Ritz, Simrockstr. 6, 3000 Hannover,
- 6) des Wolfgang Kleine, Lange Str. 10, 4795 Delbrück,
- 7) des Gerhard Koyaes, Körnerstr. 37, 285 Bremerhaven,

Kläger,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Klawitter,
Egestorffstr. 15, 3000 Hannover 91 -

g e g e n

die Gemeinde Emmerthal, 3254 Emmerthal 1,

Beklagte,

wegen Feststellung der Rechtswidrigkeit einer Ordnungsverfügung vom 23.8.1977 und ihres sofortigen Vollzugs.

Namens und im Auftrag der Kläger bestellen wir uns unter Beifügung auf uns lautender Prozeßvollmachten zu Prozeßbevollmächtigten der Kläger und

b e a n t r a g e n ,

1. festzustellen, daß die Verfügung der Gemeinde Emmerthal vom 23. August 1977 gegen die Personen, die sich auf dem Gelände der Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH östlich der B 83 (Anti-Atom Dorf) befinden, zum Verlassen des Geländes, rechtswidrig ist;
2. festzustellen, daß die Anordnung der sofortigen Vollziehung der im Antrag zu 1) genannten Verfügung rechtswidrig ist;
3. festzustellen, daß der sofortige Vollzug der im Antrag zu 1) genannten Verfügung rechtswidrig ist.

G r ü n d e :

I.

Die Klage ist als Feststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S.4 VwGO analog zulässig. Mit den Anträgen zu 1) bis zu 3) wird jeweils die Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsakts begehrt, der sich vor Klageerhebung erledigt hat. Die in den Anträgen genannten Verwaltungsakte haben sich darüberhinaus bereits vor Ablauf der jeweiligen Widerspruchsfrist erledigt, daher ist die Durchführung eines Vorverfahrens jeweils nicht notwendig gewesen (BVerwG NJW 1967, 1245 f).

Die Kläger sind sämtlich Adressaten der o.a. Verfügung, sie befanden sich nämlich im Zeitpunkt der Räumung auf dem Gelände des "Anti-Atom-Dorfes". Sie haben ein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verwaltungsakte, denn sie sollen zur Erstattung der Kosten, die durch die Räumung des "Anti-Atom-Dorfes" für die Behörden entstanden sind, herangezogen werden.

- Beweis: 1) Artikel aus der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (HAZ) v. 24.8.1977
2) Artikel aus der HAZ v. 27./28.8.1977
3) Äußerung des Pressesprechers des niedersächsischen Innenministeriums in der HAZ v. 7.9.1977, jeweils in Fotokopie für Gericht und Beklagte anbei.

Bei diesen Äußerungen handelt es sich nicht lediglich um unverbindliche politische Meinungsäußerungen, die oben bezeichnete Absicht besteht tatsächlich.

- Beweis: 1) Zeugnis des Herrn R. Gross, Innenminister von Niedersachsen, zu laden über das Ministerium des Innern, Lavesallee 6, 3000 Hannover,
2) Zeugnis des Regierungspräsidenten in Hannover, zu laden über den Regierungspräsidenten in Hannover, Waterlooplatz 11, 3000 Hannover.

Die Kläger sind aber nicht dazu bereit, die Kosten der Räumung zu tragen. Es wird deshalb also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einem Prozeß kommen. Gem. § 17 VerwKostG von Niedersachsen ist u.a. rechtlich entscheidend für den Ausgang des Prozesses, ob die in den Anträgen genannten Verfügungen rechtswidrig sind. Ihre Rechtmäßigkeit wäre nämlich eine - wenn auch nicht die einzige - Voraussetzung des Kostenanspruchs aus § 17 VerwKostG. Falls es gem. § 17 VerwKostG lediglich auf die Bestandskraft, nicht aber auf die Rechtmäßigkeit der dem Verwaltungszwang zugrunde liegenden Verwaltungsakte ankäme, würde ein gerichtliches Verfahren wegen der Kosten keine Inzidentprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beinhalten. Dann läge das berechnete Interesse der Kläger an der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verwaltungsakte in diesem Verfahren auf der Hand (vgl. VG Berlin, NJW 1960, 1410). Falls es im Kostenverfahren zu einer Inzidentprüfung käme, käme aber wegen des vorliegenden Verfahrens auf jeden Fall eine Aussetzung des Kostenverfahrens gem. § 94 VwGO in Betracht. Das Feststellungsinteresse wäre also gleichermaßen gegeben.

Des weiteren ergibt sich das Feststellungsinteresse aus dem Rehabilitationsinteresse der Kläger (BVerwGE 12, 27ff, 90; 26, 161 ff, 168; BVerwG VerwRspr. 22, Nr.52). Das Verhalten der Kläger

während der Räumung des "Anti-Atom-Dorfes" wurde in der Presse als rechtswidrig dargestellt, auch Äußerungen verantwortlicher Politiker gingen in diese Richtung.

Beweis: 1) Artikel aus der HAZ v. 23.8.77,

2) Äußerung des Pressesprechers des Innenministeriums in der HAZ v. 7.9.77,

für Gericht und Beklagte in Fotokopie anbei,

3) Zeugnis des Innenministers R. Gross, bereits benannt.

Weiterhin wurde allein durch den Einsatz des Polizeiaufgebots von mindestens 1100 uniformierten Beamten, von mindestens 200 Beamten in Zivil sowie durch den Einsatz vieler Fahrzeuge,

Beweis: 1) Zeugnis des Innenministers Groß, bereits bekannt,

2) Zeugnis des Regierungspräsidenten in Hannover, bereits benannt,

der Öffentlichkeit suggeriert, es handele sich bei den während der Räumung auf dem Gelände des "Anti-Atom-Dorfes" anwesenden 203 Demonstranten um gewalttätige Rechtsbrecher, anders ist nämlich die Proportion von mehr als 5 Beamten auf einen Demonstranten nicht zu erklären. Der Möglichkeit einer solchen Beeinflussung der Öffentlichkeit kann durch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Räumungsverfügung, der Rechtswidrigkeit der Anordnung der sofortigen Vollziehung und der Rechtswidrigkeit des sofortigen Vollzugs entgegengewirkt werden, woran die Kläger ein berechtigtes Interesse haben.

Die Personalien sämtlicher Kläger sind nach der Räumung von der Polizei festgestellt worden. Aufgrund der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verwaltungsakte können die Kläger die Vernichtung dieser Unterlagen verlangen. Hieraus ergibt sich ein zusätzliches Feststellungsinteresse.

Soweit der Kläger zu 2) im öffentlichen Dienst tätig ist, hat er wegen der Feststellung seiner Personalien ein zusätzliches Feststellungsinteresse. Denn es ist bekannt, daß wegen des sogenannten "Radikalerlasses" die Anstellungsbehörden und die Verfassungsschutzbehörden jede Möglichkeit zum Anlaß nehmen, eine politische Überprüfung der Betroffenen anzuordnen. Das gilt entsprechend für die Klägerin zu 1), die beabsichtigt, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Die Feststellung ihrer Personalien

wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Anlaß genommen werden, eine genauere Verfassungsschutzüberprüfung, als sie ohnehin üblich ist, durchzuführen. Dem könnte durch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verwaltungsakte zumindest insofern entgegengewirkt werden, als dann aus der Tatsache, daß die Kläger Adressaten dieser Verfügung waren, rechtlich kein für sie negativer Schluß gezogen werden könnte.

II.

Die Klage ist begründet.

1. Die im Antrag zu 1) genannte Ordnungsverfügung (in Fotokopie für das Gericht anbei), im folgenden als Räumungsverfügung bezeichnet, ist rechtswidrig. Sie ist durch §§ 1, 29, 30 SOG nicht gedeckt. Denn sie ist vor allem zu dem Zweck erlassen worden, privates Eigentum zu schützen. Aus diesem Grunde konnte die Räumung des "Anti-Atom-Dorfes" jedoch nicht verfügt werden.

Die Beklagte hat die Räumungsverfügung folgendermaßen begründet: "Der Schutz der öffentlichen Sicherheit umfaßt auch den durch Art. 14 Grundgesetz gewährleisteten Schutz des Eigentums. Durch Ihre ungefugte Besetzung des Grundstücks an der B 83 wird das freie Verfügungsrecht des Eigentümers über sein Grundeigentum gestört. Der Eigentümer ist nicht bereit, die Besitzstörung zu dulden."

Die Beklagte hat die Verfügung also erlassen, weil sie private Vermögensrechte als gefährdet angesehen hat. Die Ordnungsbehörde ist aber nur subsidiär zuständig, wenn es ausschließlich um die Gefährdung privater Vermögensrechte geht. Wenn die Eigentümerin durch die Besetzung des Geländes ihr Eigentum als gefährdet angesehen haben sollte, hätte sie zur Beseitigung der Gefährdung die Gerichte - nämlich die Zivilgerichtsbarkeit - anrufen müssen. Denn Art. 14 GG ist ein gegen den Staat gerichtetes Recht (Maunz in: Maunz-Dürig-Herzog, Grundgesetz, 4. Aufl. München 1976, Art. 14, Rdn. 5 u. 10), woraus folgt, daß der Staat durch die Ordnungsbehörden aufgrund der polizeilichen Generalklausel zum Schutz

des Eigentums neben den Gerichten nur eingreifen kann, wenn durch die Gefährdung des Eigentums gleichzeitig Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedroht sind.

Die Eigentümerin des besetzten Geländes, die "Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH", will auf dem Gelände Kühltürme und Pumpwerke errichten, d.h. Bauten, die zur Errichtung des Kraftwerks dienen. Die Errichtung des Kraftwerks liegt ausschließlich im Interesse der Eigentümerin, sodaß die Gefährdung des Eigentums vorliegend keine gleichzeitige Gefährdung der Allgemeinheit bedeutet.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß das Gelände, dessen Räumung am 23.8.1977 verfügt worden ist, seit dem 13.6.1977 besetzt war. Obwohl bis zur Räumung 72 Tage vergangen waren, innerhalb derer privatrechtlicher Rechtsschutz möglich gewesen wäre - z.B. durch den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung - und obwohl ausreichend Zeit vorhanden war, um festzustellen, ob zivilrechtlicher Schutz "ausreichend" gewesen wäre, hat die Eigentümerin diesen Weg nicht eingeschlagen.

Beweis: Zeugnis des Vorstandes der Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH,

Name und ladungsfähige Anschrift werden nachgereicht.

Die Eigentümerin hat die zuständige Ordnungsbehörde auch nicht dazu aufgefordert, die Räumung ordnungsbehördlich zu verfügen und durchzuführen.

Beweis: 1) Zeugnis des Vorstandes der Gemeinschaftskraftwerk Grohnde GmbH, bereits genannt,

2) Zeugnis des Gemeindedirektors der Gemeinde Emmerthal, 3254 Emmerthal 1.

Im Gegenteil: Ein Sprecher der Eigentümerin antwortete am Tag der Räumung auf eine dahingehende Frage, ein solcher Antrag sei nicht gestellt worden, "(...) weil uns das nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichts Hannover, einen Baustopp zu verhängen, schlech angestanden hätte." Der Innenminister habe die Räumung von sich aus für notwendig gehalten (zit. nach Frankfurter Rundschau, FR, v. 24.8.77).

Beweis: 1) Zeugnis des Vorstands der Gemeinschaftskraftwerk Grohnde GmbH, bereits genannt,

2) Zeugnis des Sprechers der Peussag, Name und ladungsfähige Anschrift werden nachgereicht,

3) Zeugnis des Eckart Spoo, Kaplanstr.5, 3000 Hannover,

- 4) Zeugnis des Innenministers Groß, bereits genannt,
- 5) FR v. 24.8. 1977, für Gerichte und beklagte in Foto! die anbei.

D.h. der Schutz der ausschließlich privaten Vermögensinteressen der Eigentümerin erfolgte ausschließlich auf eigene Initiative der Beklagten. Diese hat mithin letztlich Art. 14 GG als Eingriff ermächtigung für die Räumungsverfügung benützt.

Auch aus den weiteren in der Verfügung genannten Gründen konnte die Räumung des "Anti-Atom-Dorfes" nicht erfolgen.

Soweit in der Begründung ausgeführt wird: "Darüberhinaus erfüllt das unbefugte betreten und Verweilen auf dem Grundstück entgegen dem erklärten Willen des Eigentümers den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gem. § 4 Abs.1 Ziff.1 des Gesetzes über die Ordnung im Feld und Forst (...)" und daraus eine Störung der öffentlichen Sicherheit abgeleitet wird, ist das unrichtig.

§ 4 Abs.1 Ziff.1 FPOrdG setzt voraus, daß der Berechtigte ein mündliches oder schriftliches Verbot ausspricht, das Grundstück zu betreten bzw. nach Betreten die mündliche oder schriftliche Aufforderung kundtut, das Grundstück zu verlassen. Diese Voraussetzung ist hier nicht erfüllt. Abgesehen davon, ob die Eigentümerin auch Berechtigte i.S.d. § 4 Abs.1 Ziff.1 FPOrdG war - es ist ziemlich wahrscheinlich, daß das Grundstück verpachtet war und der Pächter Verbote oder Aufforderungen nie ausgesprochen hat - hat sie den bis zur Räumung des Grundstücks dort Anwesender gegenüber weder mündlich noch schriftlich das Betreten des Geländes verboten, noch hat sie die Anwesenden zum Verlassen aufgefordert.

Beweis: Zeugnis des Vorstands der Gemeinschaftskernkraftwerk GmbH, bereits genannt.

Es mangelt also bereits am Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit, die den Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründen könnte.

Weiterhin wird der Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung folgendermaßen begründet:

"Im übrigen haben die Besetzer des Geländes auch weiteren Verlauf der Besetzung fortlaufend gegen Rechtsvorschriften verstoßen, von denen folgende genannt werden sollen :"

- Das Aufstellen von Zelten als Verstoß gegen § 4 Abs.1 Ziff.6 FFOrdG;

- die Errichtung baulicher Anlagen ohne Baugenehmigung als Verstoß gegen § 68 Nds. BauO.

Diese Begründung rechtfertigt die Räumungsverfügung ebenfalls nicht. Mit der Formulierung: "(...) fortlaufend gegen Rechtsvorschriften verstoßen, von denen folgende genannt werden sollen (...)", soll augenscheinlich der Eindruck erweckt werden, die Besetzer hätten gegen zahlreiche Rechtsvorschriften verstoßen, von denen 'nur' zwei genannt würden. Das ist aber nicht der Fall. Durch die Verwendung suggestiver Formulierungen können die Voraussetzungen der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht konstruiert werden.

Ein Verstoß gegen § 4 Abs.1 Ziff.6 FFOrdG setzt voraus, daß unbefugt gezeltet wird. Obwohl der Eigentümerin - hinsichtlich der Frage gegen wessen Befugnis verstoßen werden muß, also hinsichtlich der Frage des Pachtvertrages, wird auf die obigen Ausführungen verwiesen - das Zelten bekannt war,

Beweis: Zeugnis des Vorstands der Gemeinschaftskraftwerk GmbH Grohnde,

hat sie sich 72 Tage lang nicht dagegen ausgesprochen, das hat sie selbst am Tag der Räumung nicht getan. Sie meint sogar, das hätte ihr schlechtangestanden. Es lag also ein stillschweigendes Einverständnis der Eigentümerin mit dem Zelten vor. Auf jeden Fall konnten die Zelter davon ausgehen. Es ist also der Tatbestand des § 4 Abs.1 Ziff.6 FFOrdG nicht erfüllt, in jedem Falle fehlt es am Verschulden der Zelter, sodaß eine Ordnungswidrigkeit nicht vorliegt.

Was übrig bleibt ist die Errichtung baulicher Anlagen ohne Baugenehmigung. Es liegt auf der Hand, daß wegen dieses Tatbestands nicht die Räumung des Geländes verfügt werden durfte. Denn die Errichtung baulicher Anlagen ohne Baugenehmigung hat allenfalls den Erlaß einer Abbruchverfügung zur Konsequenz, uU auch die Auferlegung einer Geldbuße wegen einer Ordnungswidrigkeit, nicht aber die Verweisung des Bauherrn vom Grundstück.

Der Wesentliche Grund für die Rechtswidrigkeit der Räumungsverfügung liegt - über die bisherigen Ausführungen hinaus - in ihrem Verstoß gegen höherrangiges Recht.

Die Verfügung verletzt die Rechte der Kläger aus Art. 5 und Art. 8 GG.

Das "Anti-Atom-Dorf" wurde am 13.6.1977 errichtet, weil die Erbauer hierdurch ihren Protest gegen den Bau von Kernkraftwerken überhaupt und insbesondere gegen den Bau des KKW in Grohnde äußern wollten.

Beweis: Zeugnis des N.N. als einem der ursprünglichen Erbauer, Name und ladungsfähige Anschrift wird nachgereicht.

Das "Anti-Atom-Dorf" wurde auch in der öffentlichen Meinung als Manifestation dieses Protestes begriffen. Schon durch den Bau selbst diente das "Anti-Atom-Dorf" also der Kundgabe des Protests der Erbauer und der anderen dort Anwesenden, weshalb die Besetzung des Geländes durch die Art und Weise der Besetzung als Medium des Protestes verstanden werden muß. So wurde aus dem besetzten Gelände ein Kommunikationszentrum und die Existenz des "Anti-Atom-Dorfes" stellte eine andauernde Kundgabe des politischen Willens der in ihm Wohnenden dar. In der rechtlichen Schlußfolgerung ist dieser Sachverhalt dahin zu würdigen, daß in dem Dorf eine andauernde Versammlung stattgefunden hat, die unter die Grundrechte der Art. 5 und 8 GG fällt. Der Schutz, den diese Rechte genießen, ist entsprechend ihrem Wert sehr hoch zu veranschlagen. Für Art. 8 GG ist festzustellen: "Die Möglichkeit, sich mit anderen zu treffen, um diese von der eigenen Meinung in politischen Fragen zu unterrichten, um ihnen Fakten zur Bildung ihrer eigenen Meinung mitzuteilen, aber auch, um sich als Zuhörer selbst zu informieren, und schließlich um in Gemeinschaft mit andere eine bestimmte Auffassung gegenüber Dritten - insbesondere den Staatsorganen - zum Ausdruck zu bringen, ist eine fundamentale Voraussetzung jeder freien Meinungsbildung im Staatsvolk, und ihre verfassungsrechtliche Garantie gehört ohne Zweifel ideenmäßig zum Einzugsgebiet des demokratischen Prinzips und des dieses Prinzips verankernden Art. 20." (Herzog in: Maunz-Dürig-Herzog, aaO, Art. 8, Rdn. 2). Es ist hinzuzufügen, daß Art. 8 GG auch ein Grundrecht ist, daß einer Gruppe zusteht (Herzog, aaO, Art. 8, Rdn. 3). Hinsichtlich des Grundrechts aus Art. 5 GG hat das BVerfG in seinem Urteil v. 15.1.1958 ausgeführt: "Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt." (BVerfGE 7, 198ff, 208).

Selbst unterstellt, die auf dem Gelände des "Anti-Atom-Dorfes" Anwesenden oder ein Teil von ihnen hätten durch Verstöße gegen das FFOrdG und die Nds.BauO Ordnungswidrigkeiten begangen - welches Gewicht hätten diese Ordnungswidrigkeiten in Anbetracht der Rechte, die die Demonstranten für sich in Anspruch nehmen können? Das BVerfG hat zu dieser notwendigen Abwägung ausgeführt: "(...) die allgemeinen Gesetze müssen in ihrer das Grundrecht einschränkenden Wirkung ihrerseits im Lichte der Bedeutung dieses Grundrechts gesehen und so interpretiert werden, daß der besondere Wertgehalt dieses Rechts, der in der freiheitlichen Demokratie zu einer grundsätzlichen Vermutung für die Freiheit der Rede in allen Bereichen, namentlich aber im öffentlichen Leben führen muß, auf jeden Fall gewahrt bleibt. (...) Es wird deshalb eineüterabwägung erforderlich: Das Recht zur Meinungsäußerung muß zurücktreten, wenn schutzwürdige Interessen eines anderen von höherem Rang durch die Betätigung der Meinungsfreiheit verletzt würden. Ob solche überwiegenden Interessen anderer vorliegen, ist aufgrund aller Umstände des Falles zu ermitteln." (BVerfGE 7, 198 ff, 210f). Die Bedeutung des von den Besetzern kundgetanen Protestes liegt auf der Hand. Die unterstellten Ordnungswidrigkeiten haben vorliegend keinen höheren Rang gehabt, als die Äußerung des Protestes. Die eventuelle Beeinträchtigung von Eigentümerinteressen, zu deren Wahrung die Eigentümerin gerade nicht die zuständigen Zivilgerichte angerufen hat, müssen bei der Anwendung der polizeilichen Generalklausel ebenfalls zurücktreten. "Wenn es darum geht, daß sich in einer für das Gemeinwohl wichtigen Frage eine öffentliche Meinung bildet, müssen private und namentlich wirtschaftliche Interessen einzelner grundsätzlich zurückstehen." (BVerfGE 7, 198 ff, 219).

Ein zusätzlicher Grund für die Rechtswidrigkeit der Räumungsverfügung liegt darin, daß die Versammlung der Kläger am Tage der Räumung selbst eine Demonstration darstellte, die durch die Räumungsverfügung nicht "aufgelöst" werden durfte. Denn diesbezüglich war ein Eingreifen der Ordnungsbehörde aufgrund der polizeilichen Generalklausel der §§ 1, 29, 30 SGG schon deshalb nicht möglich, weil diese Demonstration unter das Versammlungsgesetz fiel und eine Auflösung nach dem Versammlungsgesetz nicht in Betracht gekommen wäre.

Der größte Teil der auf dem Platz Anwesenden - und auch die Kläger - war, was auch der Beklagten bekannt war, noch am Tage der Räumung oder in der Nacht davor auf den Platz gekommen, weil die Nachricht von der bevorstehenden Räumung bekannt geworden war. Es handelt sich also um den klassischen Fall der Spontanversammlung. Diese unterliegt dem Schutz des Art. 8 GG. "Spontanversammlungen sind (...) Versammlungen und Aufzüge, die sich ohne vorherige Einladung, Bekanntmachung und sonstige Absprache bilden und in der Regel (aber nicht notwendig) keinen Leiter haben. Eine Absprache in diesem Sinne liegt aber nicht schon vor, wenn mehrere, ja sogar viele Teilnehmer sich dahin verständigen, unverzüglich eine Demonstration zu veranstalten, auch wenn sie sich hierzu erst an den Ort der vorgesehenen Veranstaltung hinbegeben müssen, selbst wenn dies gemeinsam geschieht. Insbesondere bei aktuellen Anlässen, bei denen eine zeitlich spätere Veranstaltung keinen Sinn oder nicht mehr die gleiche Wirkung hätte, besteht ein besonderes Bedürfnis für Spontanversammlungen." (Ott, Gesetz über Versammlungen und Aufzüge, Stuttgart, München, Hannover 1969, § 1, Rdn. 2). Insofern also mittels der Räumungsverfügung die Spontanversammlung aufgelöst worden ist - und das ist hier der Fall - ist diese rechtswidrig. Ihre Rechtswidrigkeit erstreckt sich nicht nur auf den angereisten Teil der an ihr Teilnehmenden, sondern auch auf die "Dauerbesetzer". Diese hatten sich nämlich zur Räumung bereit erklärt, sich aber gleichzeitig in Wahrnehmung ihres Rechts aus Art. 8 GG der Spontanversammlung angeschlossen.

Schließlich folgt die Rechtswidrigkeit der Räumungsverfügung aus der in ihr enthaltenen Fristsetzung von 60 Minuten zur Räumung. Diese Fristsetzung ist sachlich nicht gerechtfertigt und rechtswidrig.

2. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Räumungsverfügung ist rechtswidrig. Die Voraussetzungen des § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO sind nicht gegeben, denn die Anordnung liegt nicht im öffentlichen Interesse und sie verstößt gegen höherrangiges Recht.

Die Begründung der Anordnung damit, daß die in der Räumungsverfügung bezeichneten Störungen der öffentlichen Sicherheit bei einer Duldung des Zustands verstärkt würden, ist für den Nachweis

des öffentlichen Interesses i.S.d. § 80 Abs.2Nr.4 VwGO in keiner Weise ausreichend. Denn hierbei handelt es sich lediglich um eine pauschale, in keiner Weise begründete und begründbare Behauptung.

Aber auch bei Unterstellung des Bestehens dieser Gefahren ließe sich hieraus die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs.2Nr.4 VwGO nicht herleiten. Denn diese Gefahren würden nur das Interesse begründen, das für die Räumungsverfügung selbst gegeben sein müßte; das genügt den Voraussetzungen des § 80 Abs.2 Nr.4 VwGO aber nicht. Das öffentliche Interesse am sofortigen Vollzug ist vielmehr nur dann gegeben, wenn die Vollziehung nicht ohne schwerwiegende Beeinträchtigung der öffentlichen Interessen aufgeschoben werden kann. Der Aufschub des Vollzugs, d.h. die Nichtanordnung der sofortigen Vollziehung, die den gesetzlichen Regelfall darstellt (Redeker-v.Oertzen, VwGO, 5. Aufl. Stuttgart 1975, § 80, Rdn.23), würde aber nicht deshalb eine schwerwiegende Beeinträchtigung der öffentlichen Interessen bedeuten, weil andernfalls der Bauzaun nicht hätte errichtet werden können. Die dahingehende Begründung der Beklagten ist unzutreffend.

Nach Ansicht der Beklagten ist der Bauzaun erforderlich, weil er Vorbedingung für die Fertigstellung des bereits im Juli 1967 genehmigten und bereits teilweise errichteten Pumpwerks "R 41" im Bereich des besetzten Geländes sei. Ohne die Fertigstellung des Pumpwerks sei zu befürchten, daß im Bereich des bebauten Geländes sowie auf den umliegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen Wasserschäden auftreten würden. Denn die vorhandenen Drainagesysteme würden nicht ausreichen, um das vorhandene Oberflächenwasser ordnungsgemäß abzuleiten. Hierin soll das besondere öffentliche Interesse an der Anordnung des sofortigen Vollzugs liegen. Es kommt mithin entscheidend auf die Notwendigkeit der Errichtung des Pumpwerks an: Ist seine Errichtung nicht notwendig, wird auch der Schutzzaun nicht benötigt.

Zunächst ist hierzu festzustellen, daß das Pumpwerk "R 41" nicht auf dem besetzten Gelände, sondern, vom KKW aus gesehen, links davon errichtet werden soll.

Beweis: Beiziehung der Baupläne.

Der Schutzzaun hätte also nicht auf dem besetzten Gelände errichtet werden müssen.

Entscheidend ist aber, daß die Errichtung des Pumpwerks "R 41" nicht notwendig ist. Dieses Pumpwerk soll zwei Funktionen haben: Es soll erstens dem Abpumpen von Kühlwasser nach dem Bau und der Inbetriebnahme des KKW dienen, und es soll zweitens dem Abpumpen von Regenwasser dienen.

Beweis: 1) Beiziehung der Bau- und Konstruktionspläne

2) Sachverständigengutachten

Vorliegend kommt es allein auf das Abpumpen des Regenwassers an. Hierfür ist die Errichtung des Pumpwerks "R 41" nur unter der Voraussetzung erforderlich, daß das KKW weiter ausgebaut wird. Das ergibt sich aus folgendem: Ohne den Bau des KKW würde der Abfluß des 'Oberflächenwassers', d.h. des Regenwassers, unproblematisch durch Versickern in den Boden geschehen. Die Ableitung des Regenwassers ist deshalb problematisch geworden, weil das Gelände im Bereich des KKW asphaltiert werden soll und teilweise schon asphaltiert worden ist. Hierdurch versickert das Regenwasser teilweise nicht mehr im Boden und ohne ein Pumpwerk kann es zu Wasserschäden kommen. Dieses Stadium ist aber noch nicht erreicht, denn für den Bereich des KKW selbst ist bereits das Pumpwerk "R 40" gebaut worden, das auf dem Gelände des KKW selbst gelegen ist und das für das bisherige Ausmaß der Asphaltierung und den dadurch verursachten Anfall an nicht versickerndem Oberflächenwasser genügend Pumpkapazität besitzt, sodaß Wasserschäden auch ohne Errichtung des Pumpwerks "R 41" nicht zu befürchten sind.

Beweis: 1) Beiziehung der Bau- und Konstruktionspläne,

2) Sachverständigengutachten.

Erst wenn im Zuge des weiteren Ausbaus des KKW weitere Flächen asphaltiert werden, kann es notwendig werden, das Pumpwerk "R 41" zu bauen.

Beweis: 1) Beiziehung der Bau- und Konstruktionspläne,

2) Sachverständigengutachten.

Der Bau des Pumpwerks "R 41" läge also nur dann im besonderen öffentlichen Interesse, wenn der weitere Ausbau des KKW im besonderen öffentlichen Interesse läge. Das ist nicht der Fall. Auch das VG Hannover hat in seinem Beschluß das "besondere öffentliche Interesse" am Weiterbau des KKW verneint.

Beweis: Beiziehung der Akten des VG.

Die Anordnung des sofortigen Vollzugs liegt also allein im rein wirtschaftlichen Interesse der Erbauer des KKW.

Da der Schutzzaun nicht gebaut werden muß, kann es auch nicht zu den befürchteten Auseinandersetzungen mit den daran beteiligten Bauarbeitern kommen. In der Vergangenheit ist es im übrigen nicht zu Übergriffen der Besetzer gegen Bauarbeiter gekommen.

Der Verstoß der Anordnung der sofortigen Vollziehung gegen höher-rangiges Recht, Art. 5 und Art. 8 GG, ist aus den bereits geschilderten Gründen ebenfalls gegeben. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß der sofortige Vollzug sich keinesfalls gegen die Spontanversammlung richten durfte.

3. Der Vollzug selbst ist rechtswidrig.

Das folgt zunächst aus der Rechtswidrigkeit der in den Anträgen zu 1) und zu 2) genannten Verfügung. Des weiteren verstößt der Vollzug aus den genannten Gründen gegen Art. 5 und Art. 8 GG.

Außerdem ist der Vollzug rechtswidrig, weil er nicht durch die ihn begründenden Verfügungen, die Räumungsverfügung und die Anordnung des sofortigen Vollzugs, gedeckt ist. Der Vollzug ist nämlich über dieser Verfügung hinausgegangen und mit ihm sind andere als die in der Räumungsverfügung und der Anordnung des sofortigen Vollzugs genannten Ziele verfolgt worden.

Nachdem die Vollzugsbeamten das Gelände des "Anti-Atom-Dorfes" am 23.8.1977 umstellt hatten, wurde gegen 7,15 Uhr die Räumungsverfügung verlesen. Trotz deren Rechtswidrigkeit waren die Demonstranten bereit, den Platz zu verlassen. Hiermit wäre die - unterstellte - Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beendet gewesen, die Anwendung unmittelbaren Zwangs wäre nicht erforderlich gewesen. Es versteht sich von selbst, daß die Vollzugskräfte in dem Augenblick, als die Demonstranten erklärten, sie würden das Gelände friedlich verlassen, diese auch hätten gehen lassen müssen. Denn das, und nur das, war der Inhalt der Räumungsverfügung. Das war aber nicht der Fall. Die Vollzugskräfte hatten andere Ziele vor Augen. Gegen 7,35 Uhr richtete die Polizei folgendes Ultimatum an die Demonstranten:

"Es ist jetzt 7,35 Uhr. Bitte begeben Sie sich bei Verlassen des Geländes zur Erhebung der Personalien zum Ausgang hier an der B 83. (...) die Polizei weist darauf hin, daß(unverständlich)...

bereits 20 Minuten verstrichen sind. Nach Ablauf der Frist wird die Polizei unmittelbaren Zwang anwenden. Gem. § 15 des Verwaltungskostengesetzes sind Sie in diesem Fall zur Erstattung der Einsatzkosten verpflichtet." (Abschrift der Mitschrift einer Tonbandaufnahme, aufgenommen und abgespielt vom Reporter Praetsch, NDR II, am 23.8.1977).

- Beweis: 1) Zeugnis des Einsatzleiters der Polizeikräfte, die bei der Räumung eingesetzt worden sind,
zu laden über den Regierungspräsidenten in Hannover,
Waterlooplatz 11, 3000 Hannover,
2) Zeugnis des Reporters Praetsch,
zu laden über den NDR II, Funkhaus Hannover, Rudolf-
v. Bennigsen- Ufer 22, 3000 Hannover.

Um die Situation zu verdeutlichen, sei eine weitere Abschrift der Mitschrift der Radioreportage vom Ort des Geschehens am 23.8.1977 angeführt, die Reportage stammt ebenfalls vom Zeugen Praetsch. "Um das noch einmal kurz zu beschreiben, Herr Nagolny, das ist vielleicht etwas undeutlich gewesen. Die Polizei hat also die Demonstranten aufgefordert, nicht nur den Platz zu räumen, sondern sich auch einzeln observieren, untersuchen zu lassen, auch die Personalien, sich einer erkennungsdienstlichen Untersuchung hinzugeben. Und das war genau das, was die Demonstranten nicht wollten. Sie wollten nicht einzeln überprüft werden, sondern sie wollten gemeinsam, friedlich, wie sie sagten, den Platz verlassen."

Beweis: Zeugnis des Reporters Praetsch, bereits benannt.

Die Feststellung der Personalien, ohne die die Demonstranten das Gelände nicht verlassen durften, obwohl sie es verlassen wollten, ist von der Grundverfügung nicht gedeckt. Sie ist überdies unverhältnismäßig. Außerdem verstößt sie gegen Art. 8 und Art. 5 GG. Selbst wenn die Versammlung von der Polizei rechtmäßig aufgelöst worden wäre, hätte die Polizei den Demonstranten einen Abzugsweg offenlassen müssen und für den ungehinderten Abzug sorgen müssen (Ott, VersammlungsG, aaO, Einf. Rdn 16).

Schließlich folgt die Rechtswidrigkeit des Vollzugs, wie dies gleichermaßen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung gilt, aus der in der Grundverfügung vorgenommenen Fristsetzung von 60 Minuten für das Verlassen des Geländes. Diese Fristsetzung ist sachlich nicht gerechtfertigt. Denn beim Vollzug

hat es sich nicht etwa um eine unaufschiebbare Maßnahme von Polizeibeamten i.S.d. § 80 Abs.2Nr.2 VwGO gehandelt.

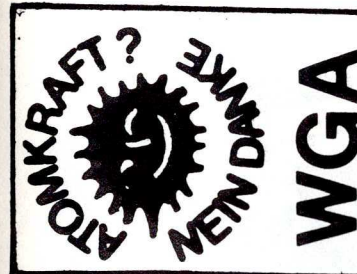
In diesem Zusammenhang muß man bedenken, daß die Räumung des "Anti-Atom-Dorfes" schon seit Tagen öffentlich diskutiert wurde. Innenminister Groß hatte ~~xxxx~~ bereits am 9.8. 1977 geäußert, die Räumung werde erfolgen, wenn die Landesregierung es für zweckmäßig halte.

Beweis: 1) Zeugnis des Innenministers Gross, bereits benannt,
2) Meldung der HAZ v. 10.8. 1977, für Gericht und Beklagte in Fotokopie anbei.

Die Räumung war erst 14 Tage später "zweckmäßig", sie war es 72 Tage lang nicht. In Anbetracht dieser Sachlage ist nicht nur die Anordnung der sofortigen Vollziehung unverständlich. Insbesondere die Fristsetzung von 60 Minuten verliert jeden Sinn, wenn der Zweck sich gleichermaßen nach 72 oder 14 Tagen erreichen läßt. Diese Fristsetzung hatte aber ungeachtet ihrer Überflüssigkeit faktisch die Auswirkung einer Rechtsschutzverweigerung. Denn es wäre tatsächlich unmöglich gewesen, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gem. § 80 Abs.5 VwGO verwaltungsgerichtlich wiederherstellen zu lassen, ohne diese Frist zu überschreiten. Die Räumung, die ebenso gut einige Tage später hätte durchgeführt werden können, hätte aber sicherlich so lange aufgeschoben werden können, wie dies für die Wahrnehmung des Rechtsschutzes erforderlich gewesen wäre. Der Vollzug verstößt daher gegen Art. 19 Abs. 4 GG.

Nach alledem ist den Anträgen stattzugeben.

Rechtsanwalt



WÄHLERGEMEINSCHAFT ATOMKRAFT? NEIN DANKE

**Wir kandidieren für den Kreistag gegen
das lebensbedrohende Atomprogramm.**

**Wir haben nicht den Apparat der großen Parteien
und keine Geldgeber im Hintergrund.**

Unterstützt uns im Wahlkampf! Helft uns! Spendet!

**Spendenkonto Postscheckamt Hannover 2429 06 - 300
A. Wahrmund**

Besucht das Wahlkampfbüro in Hameln Papenstr. 2

**Öffnungszeiten Mo - Sa 11 - 19.30 Uhr So 16 - 19 Uhr
Tel. 28425**

FRANKFURT: Polizeiüberfälle auf Jugendliche

S.15

Nr. 22
27. April 1973
50 Pfennig

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERGRUPPE - SAG

ARBEITER

GEGEN

ATOMPOLITIK!



Zaire



Diese Karte zeigt die Hintergründe der Zaire-Krise.

Berichte aus sozialen und politischen Kämpfen, politische Einschätzungen und Vorschläge der SAG zur Weiterarbeit.

WIE DAS ATOMPROGRAMM GESTOPPT WERDEN KÖNNTE

Die SAZ erscheint vierzehntägig und kostet 50 Pfennig, Jahresabonnement 20 DM.

Themen der letzten Nummern zum Anti-Atom-Kampf:

Nr. 28/29: Polizei gegen AKW-Gegner - Malville: 60 000 gegen den "Super Phenix". Brokdorf: Anti-Atom-Dorf geräumt. Grohnde/Hameln: "Zwischenfälle" von der Polizei. • Grohnde: Wer steckt hinter der Bürgerwehr? • Christian Gercke: 10 Jahre Gefängnis für AKW-Gegner? • Keinen Atom Müll mehr in die Asse! • Australien: Dock Arbeiter boykottieren Uran.

Nr. 30: Kalkar: Was Farthmann nicht laut sagte. • Anti-Atom-Dorf Grohnde: Die Wahrheit über die Räumung. • Grohnde: Die Befürchtung des Herrn Hoffmann. • Vorster lügt! Südafrika baut die Atombombe.

Nr. 31: Hameln-Pyrmont: AKW-Gegner in den Kreistag! Plattform der Wählergemeinschaft. Rede einer Kandidatin. Warum wir die Kandidatur unterstützen. • Grohnde: Baustopp-Urteil - Ein Skandal! • Kalkar: Weg mit dem Todesbrüter.

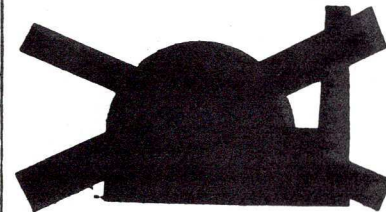
Nr. 32: Kalkar: 60 000 demonstrierten gegen die Plutoniumfabrik. • Anti-Atom-Dorf Grohnde: Die Räumung war rechtswidrig. • Kreistagswahl: Unterstützung gesucht.

UM JEDEN PREIS

Atompolitik der BRD

Broschüre der SAG
70 Seiten - DM 2,50

zu beziehen über
Thea Winter
Stolzstr. 6
3000 Hannover I



Atomenergie ist lebensbedrohend. Sie ist weder billiger noch weniger abhängig vom Ausland als andere Energiequellen. Sie schafft keine Arbeitsplätze.

Warum soll dann das Atomprogramm um jeden Preis durchgesetzt werden? Sind die Atomplaner Irre oder Selbstmörder? Sicherlich nicht.

Welche grundlegenden Interessen hinter dem Atomprogramm der BRD stehen, darauf gibt diese Broschüre eine umfassende Antwort. Und sie zieht Schlüsse für die weiteren Aufgaben der Anti-AKW-Bewegung.

Bestellt die SAZ!

Ich bestelle hiermit die Sozialistische Arbeiterzeitung für ein Jahr (24 Ausgaben) zum Preis von

- ☐ 20 DM (normaler Abonnementspreis)
- ☐ 30 DM (Abo plus Förderbeitrag)
- ☐ Ich möchte die SAZ stärker unterstützen und zahle daher für Abonnement und als erhöhten Förderbeitrag 1 DM.

Den Betrag habe ich auf das Postscheckkonto Frankfurt Nr. 147 77-608 (V. Mosler) überwiesen.

Name _____

Anschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

● Ausschneiden und an Andreas Berlin, Falkstr 40, 6000 Frankfurt 90, schicken.

SPENDENAUFTRUF

Den über 200 Besetzern, deren Personalien bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde von der Polizei registriert wurden, kündigte der niedersächsische Innenminister die Auferlegung der Einsatzkosten für die über 1 500 Polizisten und ihrem Gerät, "insbesondere Reisekosten, Betriebskosten für Fahrzeuge und Kosten für die Unterbringung am Einsatzort" an (S. 12 dieser Broschüre). Diese Summe geht in die hunderttausende.

Demgegenüber stehen die Kosten für die Klage gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes. Das Gericht hat es abgelehnt, die fast 40 Klagen gegen die Räumung in einem Prozeß zusammenzufassen. Das hat zur Folge, daß jedem der Kläger - falls die Prozesse verlorengehen - die Gerichtskosten und die Kosten der gegnerischen Anwälte berechnet werden.

Zunächst einmal müssen aber die eigenen Anwälte bezahlt werden. Aufgrund der Ablehnung der gemeinschaftlichen Klage müssen für jeden der knapp 40 Kläger die gleichen Schriftsätze in mehrfacher Ausfertigung bei Gericht eingereicht werden, was die Gesamtkosten vor Prozeßbeginn in die tausende treibt.

Mit solchen Schikanen versucht das Gericht, uns durch finanziellen Druck zum Fallenlassen der Klage zu zwingen. Damit dürfen sie nicht durchkommen !

Spendet für den Prozeß ! Sammelt in Euren Bürgerinitiativen ! Verkauft diese Broschüre !

Spenden bitte auf das Sonderkonto 45 05 92 - 309
Postscheckamt 3000 Hannover
S.. Haenisch
Stichwort: Grohnde-Räumung

Überschüssiges Geld, oder Geld, das nach gewonnenem Prozeß aus der Staatskasse zurückgezahlt wird, wird der Anti-AKW-Bewegung zugeleitet.